

Koß, Michael: Demokratie ohne Mehrheit? Die Volksparteien von gestern und der Parlamentarismus von morgen. München: dtv-Verlag 2021, 270 Seiten, € 20,00.



Der deutschen und österreichischen Demokratie ein Beben zu attestieren, wäre vor fünf bis zehn Jahren Zeugnis einer sensiblen Beobachtungsgabe des Zeitgeschehens gewesen. Heute kommt eine solche Diagnose eher einer ordnenden Rückschau gleich, die dennoch treffend auf die Verwundbarkeit unserer Demokratie deutet. Michael Koß, Professor am Institut für Politikwissenschaft an der Leuphana-Universität-Lüneburg, geht der Frage nach, wie unter den Umständen einer „gleichzeitigen Fragmentierung und Polarisierung in Gesellschaft und Politik“ (S. 189) noch Mehrheiten zu finden sind. Im Kern ist seine Antwort zweigeteilt: Es gelte die Parteien als essenziellen Bestandteil der Demokratie weiterhin anzuerkennen, sowie die Mitbestimmungsrechte des Elektors quantitativ und qualitativ aufzuwerten (S. 200 f./ 209).

Anschaulich, besonnen und überzeugend trägt der Autor in einer Zeit der „Unübersichtlichkeit“ seine Thesen vor. Durch das Ende des Kalten Krieges und den Wegfall des Ost-West-Antagonismus seien gesellschaftliche und politische Konflikte nun „entgrenzt“ und ereignen sich sohin zunehmend entlang gegenläufiger Konfliktlinien: Nationale

und transnationale Thematiken überlagern sich und sind nicht mehr begrenzt von den „Leitplanken“ einer „außergewöhnliche[n] Phase parteipolitische[r] Stabilität“ (S. 19).

Doch warum sollten gerade in diesem zunehmend pluralistischen und individualistischen Klima Parteien die Antwort auf die Probleme der Mehrheitsfindung sein? Koß erwidert, Parteien seien die einzigen Organisationen, die den „diffusen Wählerwillen“ (S. 190) zu bündeln und (langfristig) kompromissfähig zu handeln, imstande sind. Es gelingt ihm dabei, den Leser dazu zu bewegen, die Rolle der Parteien (für die Demokratie) zu hinterfragen, auch wenn dies zum Teil in Ermangelung konsistent vorgetragener Argumente geschieht, wie beispielsweise in Kapitel sechs: Plebiszite schwächen in der Regel die Demokratie, da sie die „zentrale Rolle der Parteien [konterkarieren]“ (S. 190).

Ohnehin begnügt sich der Parteienforscher zu oft mit einer Variation der sinngemäßen Aussage „Parteien sind gut, weil sie wichtig sind“; insbesondere angesichts der selbstgestellten Aufgabe die These zu beweisen, „Parteien waren, sind und bleiben die zentralen Akteure der demokratischen Mehrheitsbildung“ (S. 18). Letztlich überzeugt der von ihm zu Beginn vorgetragene Satz, sie seien die beste von mehreren schlechten Alternativen, jene Funktion der Kompromissfindung auszuführen (S. 18 f.).

Etwas unvermittelt richtet Koß seine Aufmerksamkeit alsdann auf die Muster personeller Präferenzen, die mit unserem Zeitgeschehen einhergehen. Anhand der Idealtypen des Politikers als Lichtgestalt und als Renegaten skizziert und kontrastiert er die politischen Laufbahnen Willy Brandts, Bruno Kreiskys mit denen Jörg Haiders und Alexander Gaulands.

Während der Kalte Krieg aufgrund seiner beschränkten Konfliktlinien noch Lichtgestalten als die Sieger im Kampf um Wählerstimmen und innerparteiliche Macht hervorgehen ließ, favorisiert die bis in die Gegenwart andauernde Fragmentierung zunehmend Renegaten. Die Aussage, diesen Politikertypus habe in aller Regel eine „narzisstische Kränkung“ auf den Weg ihrer Subversion gebracht (S. 76/78) mutet jedoch eher als Küchenpsychologie an denn als eingehende Analyse.

Schließlich überzeugt die These, die Passung zwischen strukturellen Konfliktlinien und Personentypus sei ausschlaggebend für den Erfolg des Politikers. Das verdeutlicht Koß an einer mehrseitigen Besprechung Angela Merkels, die sich zwar in keinen der beiden Idealtypen so recht einfügen will, doch als „Meisterin der Konsequenz“ (S. 98) offenbar den korrekten Modus Operandi für die Übergangszeit nach dem Abtauen des Kalten Kriegs gefunden hat.

Zur Stärkung der Demokratie sei es ratsam, die wenigen Möglichkeiten der Partizipation quantitativ und qualitativ aufzuwerten (S. 200 f./209). Dazu sollte es langfristig ortsansässigen Einwanderern erleichtert werden, die „Einbürgerung“ und somit das Wahlrecht zu erlangen (S. 216). Mehr Transparenz könne des Weiteren zu mehr Differenziertheit bei Wahlentscheidungen verhelfen; für Michael Koß ist das verbunden mit der bescheidenen, wenngleich pragmatischen Forderung nach einer reformierten Regulierung der Parteienfinanzierung (S. 207). Zuletzt fordert der Autor den Leser dazu auf, einer politischen Partei beizutreten und eine Verantwortungsethik, im Sinne Max Webers, zu üben, die den Fokus auf die Konsequen-

zen unseres Handelns lenkt, anstatt auf „hehre Ideale“ (S. 31/229).

Das Werk „Demokratie ohne Mehrheit?“ gewährt dem Leser einen kurzweiligen und erfrischend gelassenen Einblick in die deutsche und österreichische Demokratie- und Parteiengeschichte. Es bietet für Leser mit wenig Vorbildung in der Politikwissenschaft viele Denkanstöße und trägt zu einem pragmatischen Gegenentwurf zur „Kirren-Macherei“ (S. 24) in unserer „neuen Unübersichtlichkeit“ (S. 24) bei.

SIMON J. DERKUM,
HÜRTH



Rossol, Nadine / Ziemann, Benjamin (Hrsg.): **Aufbruch und Abgründe. Das Handbuch der Weimarer Republik.** Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2021, 992 Seiten, € 60,00.

Die erste (gesamt)deutsche Republik wurde am 9. November 1918 durch Philipp Scheidemann ausgerufen. Am 11. August 1919 erhielt sie ihre Verfassung. Nach dem Ort, an dem die Nationalversammlung, welche die Verfassung ausarbeitete, tagte, wird die Republik als „Weimarer Republik“ bezeichnet. Der Titel des nun erschienenen Handbuchs der Historiker Nadine Rossol und Benjamin Ziemann, die beide in Großbritannien lehren, gibt die Geschichte des ersten deutschen demokratischen Staates treffend wieder. In